

Grosse Zahl an Vorstössen für letzten Landtag 2013 traktandiert

Diskussionen Beim letzten Landtag des Jahres ist eine rekordverdächtige Zahl an Vorstössen aus den Fraktionen traktandiert. Mit dem EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» und der Steueramnestie stehen zudem umstrittene Regierungsvorlagen an.

VON MARTIN HASLER

So viele Vorstösse hatte noch kaum ein Landtag zu behandeln: Neben fünf Postulats- und Interpellationsbeantwortungen stehen in der Dezember-Sitzung nicht weniger als neun Vorstösse auf der Traktandenliste. Für besonders viel Diskussionsstoff dürften dabei die Initiativen sorgen: Sechs FBP-Abgeordnete fordern die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen im Ausland, die FL-Fraktion will die Senkung der Sperrklausel bei Landtagswahlen von acht auf fünf Prozent erreichen. Eine Initiative der VU-Fraktion zielt auf eine Änderung des Strassenverkehrsgesetzes ab, die neben den Tempolimiten 30 und 50 auch Tempo 40 erlauben soll.

Mittels zwei Postulaten vonseiten der FBP soll die Regierung beauftragt werden, die Subventionen und Transferleistungen an Private unter die Lupe zu nehmen sowie ein IT-basiertes Meldeverfahren für die Landwirtschaft zu prüfen. In einem weiteren Postulat fordert die FL-Fraktion die Regierung dazu auf, die mittel- und langfristige Entwicklung der Gelder in der Familienausgleichskasse (FAK) aufzuzeigen.

Debatte über Eignerstrategien

Spannend dürfte die Diskussion über den Auftrag der VU-Fraktion sein, die Eignerstrategien von AHV, Gasversorgung und LKW wieder abzuändern. Im Zuge der PVS-Revision hatte die Regierung diesen Institutionen über die Eignerstrategien untersagt,

aus der staatlichen Pensionskasse auszutreten - für die VU-Fraktion ein Unding, schliesslich sei im Gesetz ausdrücklich eine freiwillige PVS-Mitgliedschaft verankert.

Lediglich Formsache wird die Prüfung der Verfassungsmässigkeit der Volksinitiative «Win-Win50» von Nikolaus Frick sein. Dabei handelt es sich um eine abgeschwächte Form seiner ersten PVS-Initiative «Win-Win», die vom Landtag als nicht verfassungsmässig beurteilt wurde. Frick hatte gegen diesen Entscheid eine Klage vor dem Staatsgerichtshof angekündigt.

32 Millionen für «Horizon 2020»

In zweiter Lesung steht die Kürzung der Parteienförderung an, die angesichts der bereits abgeschlossenen

Diskussion mühelos auf die nötige Landtagsmehrheit kommen dürfte. Umstritten wird hingegen die Teilnahme Liechtensteins am EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» sein: Dafür soll der Landtag einen Finanzbeschluss von gut 32 Millionen Franken für die nächsten 7 Jahre fällen. Die Regierung plädiert im Sinne einer Stärkung des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Liechtenstein klar für ein Ja.

In erster Lesung ist eine zweite Steueramnestie für das kommende Jahr traktandiert. Nach dem Erfolg der letzten Amnestie von 2011, die 24 Millionen Franken in die Staatskasse spülte, soll auch diese Möglichkeit zur Selbstanzeige dem Staatshaushalt zusätzliche Einnahmen bringen.